

Petra Sitte

Medienbildung in der digitalen Gesellschaft¹

Ein kritischer und kompetenter Umgang mit Medien ist seit jeher ein wichtiges Basiswerkzeug für mündige Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört nicht nur, lesen, hören und sehen zu können, was Zeitungen, Radio- und Fernsehsender an Informationen verbreiten, sondern auch die Fähigkeit, zu hinterfragen, wer diese Informationen bereitstellt und wie sie bereitgestellt werden. Letzteres befähigt Menschen ebenfalls dazu, selbst Informationen bereitzustellen und an Debatten teilzuhaben. Dies gelingt selbstverständlich nur, wenn sie Zugang zu den jeweiligen Medien haben. Entsprechend sind wissenschaftliche Definitionen von Medienkompetenz in ihre verschiedenen Teilbereiche aufgeschlüsselt.

Das bekannteste Definitionsmodell in der Medienpädagogik von Dieter Baacke² teilt Medienkompetenz in vier Dimensionen ein: Medienkritik, Mediennutzung, Medienwissen und Mediengestaltung. Eine 2009 in Großbritannien entwickelte Definition³ unterscheidet drei Ebenen der Medienkompetenz:

1. *Möglichkeit*. Im Gegensatz zur Definition von Baacke umfasst dieser Begriff die technischen und ökonomischen Voraussetzungen der Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Der Punkt beinhaltet die Mediennutzung nach Baacke, geht aber über sie hinaus.

2. *Fähigkeit*. Hierunter fallen die Aneignung und Weiterentwicklung von Fähigkeiten, die für kompetente Nutzung verschiedenster Medien je nach Lebenssituation vonnöten sein können. Dazu gehören wiederum Aspekte der Nutzung, aber auch Medienwissen und -kritik.

¹ Dieser Beitrag ist verwendbar unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz CC BY 3.0.

² Vgl. Baacke, Dieter (1996): Medienkompetenz als Netzwerk. Reichweite und Fokussierung eines Begriffs, der Konjunktur hat. In: Medien praktisch, 2, S. 4-10.

³ Vgl. Ofcom/UK Digital (2009): Report of the Digital Britain Media Literacy Working Group. März.

3. *Aktivität*. Damit werden die Kompetenzen adressiert, die eine aktive Nutzung von Medien ermöglichen. Die Überschneidungen zum Modell nach Baacke sind also bei Medienwissen und vor allem Mediengestaltung zu finden.

Das Internet verkörpert nun alle drei eingangs genannten klassischen Medienformen in einem. Allerdings werden diese Medienformen im Internet nicht mehr so stark wie in der analogen Medienlandschaft von professionellen Medienmachern bestimmt. Durch beispielsweise Blogs, Wikis, Foren, Audio- und Video-Podcasts können auch Laien am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Medienkritik muss also im Digitalen weit mehr Akteure im Blick haben als etwa beim Fernsehen oder althergebrachten Radio, wo mit Öffentlich-Rechtlichen, Privaten und Bürgerkanälen die Hauptakteursgruppen benannt wären.

Gleichzeitig bietet das entsprechende Wissen um die Möglichkeiten digitaler Mediengestaltung so gut wie jeder und jedem mit Netzzugang und etwas Zeit die Möglichkeit, selbst zum Sender in den Netzmedien zu werden, da die Digitalisierung die Produktion von Inhalten sowohl technisch als auch ökonomisch massiv erleichtert hat.

Das Meta-Medium Internet wird in immer mehr Lebensbereichen relevant, die klassische Medien so nicht abdecken. Der Studie »Connected Worlds« des BITKOM vom März 2010, die sich mit dem Einfluss des Internets auf die Lebenswelt der Nutzerinnen und Nutzer beschäftigt, lässt sich zum Beispiel entnehmen:

»Das Internet gehört fest zum Alltag der meisten Menschen: Für sechs von zehn Deutschen (58 Prozent) ist ein Leben ohne Web undenkbar geworden.

Für junge Menschen bis 29 Jahre ist das Web schon jetzt Medium Nummer 1 – weit vor Radio, Fernsehen, Zeitungen und Büchern.

[...]

Handfeste Vorteile in Beruf und Freizeit verschafft das Web bereits jetzt vielen Nutzern. 62 Prozent haben ihre Allgemeinbildung verbessert, jeder zweite (51 Prozent) seine berufliche Bildung. Fast ebenso viele (44 Prozent) haben Kontakte für den Job geknüpft. 57 Prozent der Surfer haben bestehende Freundschaften auffrischen können, und immerhin jeder dritte (36 Prozent) hat nach eigenem Bekunden gute Freunde kennengelernt.

[...]

Kunden erhalten durch Verbraucherportale einen Informationsvorsprung. Jeder zweite Nutzer (48 Prozent) liest vor einem Kauf Bewertungen, die andere Verbraucher zu Anbietern und Produkten hinterlassen haben. Besonders intensiv schauen ältere Surfer ab 65 Jahren auf diese Kommentare (65 Prozent). In vielen Fällen wird dadurch die Kaufentscheidung beeinflusst.«⁴

Immer mehr Kundendienst, immer mehr Beratung und Jobangebote, aber auch immer mehr politische Willensbildung finden online statt. Die Chancen, die sich dahinter verbergen, gehen einher mit der Reduzierung dieser Angebote im Analogen. Wer die Ausfüllhilfe für einen Antrag an die Arbeitsagentur im Netz nicht findet, oder mangels Netzzugang erst gar nicht nutzen kann, wird hier keinen Vorteil der Digitalisierung sehen, egal wie detailliert und hilfreich das Onlinedokument sein mag.

Politische Mitbestimmung kann durch das Netz sehr viel leichter werden. Beispielsweise funktionieren Bürgerhaushalte, die auch Bestandteil linker Kommunalpolitik in einigen Städten sind,⁵ nur, wenn Bürgerinnen und Bürger möglichst einfach und umfassend die dazugehörigen Zahlen, Anträge und Projekte einsehen und für sich bearbeiten können. Ein allgemein zugängliches Datenportal, im besten Falle mit Datensätzen in maschinenlesbaren und offenen Formaten, hat wesentlich mehr Nutzungsfreiheiten, als eine Lesestube in einem Bürgeramt mit seinen üblichen Öffnungszeiten. Aber auch hier gilt: Zunächst benötigen die Interessierten die Zugangsmöglichkeiten und die technischen Fähigkeiten, mit diesen Informationen aktiv Politik zu gestalten.

An allererster Stelle linker Politik im Bereich Medienbildung muss deshalb das Recht auf Internet für alle stehen. Medienzugang ist notwendige Voraussetzung für Medienbildung und kompetenten Umgang mit Medien. Solange Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage gar nicht erst ins Internet kommen, bleibt Medienbildung eine hohle Forderung und deren Förderinstrumente für Mittel- und Oberschicht reserviert. Ohne die Überwindung der digitalen Spaltung ist Medienbildung nicht zu denken.

⁴ www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Connected_Worlds_Extranet.pdf, S. 2

⁵ Vgl. bspw. www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Die digitale Spaltung ist eine soziale Spaltung. Der jährlich herausgegebene (N)onliner-Atlas der Initiative D21 attestiert zwar für 2011 einen Zuwachs der Netznutzung für alle Bevölkerungsgruppen, es gibt aber weiterhin einen deutlichen digitalen Graben. Es nutzen mehr Männer als Frauen das Netz. Während die Altersklassen 14-49 zu ca. 90% bis beinahe 100% online sind, sind dies nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen über 50. Auch nach formalem Bildungsniveau unterscheidet sich die Intensität der Netznutzung stark. Rund 60% der Menschen mit Haupt- oder Volksschulabschluss sind online, bei Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss oder Abitur und Studium sind es rund 80%, beziehungsweise 90%.⁶ Besonders deutlich zeigt sich die digitale Spaltung aber am Einkommen. Bei Menschen, die von einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro leben müssen, ist gerade einmal die Hälfte im Netz. In Haushalten mit 3.000 Euro und mehr liegt die Nutzungsrate dagegen bei über 90%.⁷

Besonders hart sind auch hier Erwerbslose benachteiligt. Sie haben zur Zeit keinen garantierten rechtlichen Anspruch auf eigenen Zugang zum Internet, was ihnen eine eigenständige Medienbildung sowie die Teilhabe an einer digitalen Gesellschaft erschwert. Zwar wurde bei den Grundsicherungsleistungen (ALG II) der Regelbedarf für Telekommunikation seit dem 1. Januar 2011 so erhöht, dass die Finanzierung eines Internetanschlusses prinzipiell möglich ist.⁸ Auch Kosten für »Datenverarbeitungsgeräte und Software« sind im ALG-II-Regelsatz mit bedacht. Allerdings belaufen diese sich auf gerade einmal 3,44 Euro im Monat.⁹ Eine Neuanschaffung selbst eines günstigen Notebooks würde eine Rücklage dieses Betrags oft über fünf bis acht Jahre erzwingen. Kostenübernahmen für einzelne Geräte werden regelmäßig auch gerichtlich abgewiesen. So wurde vom Landessozialgericht Bayern im Dezember 2009 die Klage eines ALG II-Empfängers auf Gewährung eines Darlehens für den Kauf eines PCs unter anderem mit der Begründung abgelehnt, PCs gehörten nicht zum unabweisbaren

⁶ Vgl. die exakten Zahlen unter www.initiatiived21.de/wp-content/uploads/2011/07/NOnliner2011.pdf, S. 10.

⁷ Vgl. ebd., S. 17.

⁸ 9% von derzeit 364 Euro, also 32,76 Euro.

⁹ Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/034/1703404.pdf>, S.61.

Existenzbedarf.¹⁰ Dazu kommt: Solange nach gängiger Rechtsprechung Computer nicht zum Existenzbedarf gehören, sind sie entsprechend § 811 Zivilprozessordnung auch pfändbar.¹¹ Dass Computer längst Fernseh- und Radiosignale empfangen können, zeigt nur den Anachronismus der geltenden Rechtslage.

Die Beschränkung der Teilhabe an Informationen auf die Versorgung und damit auf den Konsum ist eine substanzielle Einschränkung politischer und medialer Mitgestaltung. Das ist nicht zuletzt angesichts der oben skizzierten immensen Möglichkeiten, übers Netz am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren, nicht hinzunehmen.

Weiter ist die digitale Spaltung auch eine regionale. Überall dort, wo leistungsfähige Internetanschlüsse nicht angeboten werden, weil es sich für die Anbieter auf dem Markt nicht lohnt, die Netze auszubauen, sind Menschen von der digitalen Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen. Momentan werden insbesondere schwach besiedelte Regionen deutlich benachteiligt beim Angebot mit modernen Breitbandnetzanschlüssen. Die Stadt hängt das Land ab. Die von der Linken geforderte Einstufung des Internets als Universaldienst, also einem einklagbaren Mindestangebot für alle, ist deshalb elementare Voraussetzung für zeitgemäße Medienbildung und selbstbestimmte Mediennutzung.

Nicht zuletzt zeigt sich die digitale Spaltung entlang von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, für die heutzutage Inhalte im Internet nur schwer zugänglich sind. Dass wie oben erwähnt, ältere Menschen, Frauen und Menschen mit formal niedrigem Bildungsabschluss im Netz deutlich unterrepräsentiert sind, hat oft handfeste Gründe.

So legen Erfahrungen der Agentur ZebraLog, die Online-Communities im Bereich E-Government konzipiert und betreut, nahe, dass die unterdurchschnittliche Beteiligung von Frauen an Debatten im Netz durch geschlechtersensibles Design der Benutzeroberflächen und eine ständige Moderation massiv gesteigert werden

¹⁰ Vgl. sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=128020.

¹¹ Vgl. auch www.feministisches-institut.de/wp-content/uploads/2010/09/DigitaleSpaltung.pdf, S. 1.

kann.¹² Seniorinnen und Senioren beklagen sich über komplexe Hardware, deren Bedienung ihnen schwer fällt. Webseiten sind oft so gestaltet, dass sie die Ausgabe in speziellen Programmen für Menschen mit Behinderungen nicht ermöglichen. Angebote öffentlicher Stellen, die nur in deutscher Sprache vorliegen, schränken eine selbstbestimmte Internetnutzung für Teile der Migrantinnen und Migranten ein, ohne dass Medienbildung hier Abhilfe leisten könnte.

Die Durchsetzung von Standards gemäß dem Schlagwort »Design für alle« ist dementsprechend ein wichtiges politisches Handlungsfeld und ermöglicht erst Medienbildung für alle. Nur ein Internet und damit digitale Medien für alle versetzen Menschen in die Lage, selbstbestimmte und kompetente Nutzung digitaler Medien zu erlernen.

Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Bundestages hat in ihrem im Juni 2011 beschlossenen Bericht folgenden Katalog für die Medienbildung im engeren Sinne zusammengestellt. Sie soll umfassen:

- »technische Fertigkeiten (Umgang mit Hard- und Software, Grundverständnis vom Aufbau der Internets, Grundkenntnisse im Programmieren etc.), die vor allem auf das Verstehen von Zusammenhängen und der Befähigung zum Selbstlernen abzielen;
- kritisches Hinterfragen von Inhalten (Quellen einschätzen, Absichten von Sendern erkennen, Sensibilisierung für Werbebotschaften etc. Das ist ebenso für den Umgang mit »klassischen Medien« wichtig – zum Beispiel Zeitungsprojekte, die auch für den Umgang mit Online-Inhalten positive Effekte haben können.);
- kompetenter Umgang mit der Informationsflut (Grundverständnis der Funktionsweise von Suchmaschinen; vermeiden von einseitiger Informationsauswahl, statt dessen sinnvolle Nutzung der Meinungsvielfalt im Netz);
- Risikobewusstsein (Kostenfallen, Datenschutz, Betrug, Missbrauch);
- Kreativität beim Umgang mit und Schaffen von Inhalten, aber auch Grundsätzliches wie Werte und soziale Kompetenz (Pro-

¹² www.zeit.de/digital/internet/2011-02/internet-frauen-maenner/seite-2

blembewusstsein für Cyberbullying, sich verantwortungsvoll bewegen in einem mehr oder weniger anonymen Raum etc.);

- Grundlagenkenntnis: beherrschen der Kulturtechniken Schreiben und Lesen;
- Informationskompetenz, also die Fähigkeit, Informationen zu bewerten und zu nutzen, Unbedeutendes auszusortieren sowie einschätzen zu können, wie viel Informationen situationsbezogen angegeben werden müssen/können;
- Befähigung zum Erstellen eigener Inhalte (Webseite, Blog, Film, Musik, eventuell Software-Entwicklung).«¹³

All diese Punkte können konkret als Fördermaßnahmen allerdings nur ausgestaltet werden, wenn für die jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen klar definiert ist, wo welche Fähigkeiten besonders benötigt werden. Grundlegend ergeben sich dabei aus jeder Studie zum Online-Nutzungsverhalten der vergangenen Jahre zwei Erkenntnisse, die ein Umdenken gegenüber althergebrachten Konzepten erfordern.

1. Medienbildung muss Medienwandel mitdenken

Im Internet vollzieht sich stetig ein schneller Wandel der jeweiligen Medienformen. Während Zeitungen, Radio und Fernsehen einigermaßen fest etablierte Formate liefern, unterliegt das Netz häufiger Innovationsschüben. Von User- und Chatforen über Blogs zu Microbloggingdiensten wie Twitter hin zu den so genannten sozialen Netzwerken à la Facebook oder Wer-kennt-wen gibt es immer neue Formen, im Netz Informationen zu teilen. Seit wenigen Monaten ist Googleplus gestartet, das in seinen Funktionen irgendwo zwischen den bekannten Online-Communities und einem Microbloggingdienst rangiert. Hinzu kommen Formen kollaborativer Arbeitstools. Shared Documents in Office-Programmen auf dem eigenen Computer stehen Etherpads oder Online-Office-Anwendungen gegenüber. Vor wenigen Jahren erschien es ungeheuer wichtig, Jugendliche über die Risiken von Handyvideos und Partyfotos im Internet aufzuklären, zuletzt erregten Mobbingpor-

¹³ www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Medienkompetenz/Zwischenbericht_Medienkompetenz_1707286.pdf, S. 32.

tale im Netz große Aufregung. Auch die netzfähigen Geräte verändern sich. Als das Internet vor 20 Jahren begann, massentauglich zu werden, gab es weder Smartphones noch Tablet-PCs.

Der schnelle Wechsel von aktuell relevanten Internetdiensten und der dazugehörigen Technik macht es geradezu unsinnig, Medienbildungsprogramme aufzulegen, die Menschen kompetent in der Nutzung einer bestimmten Anwendung machen sollen. Wenn die entsprechenden Lehrpläne geschrieben sind, ist die Anwendung oft schon durch die nächste abgelöst.

Es ist also wichtig, Medienbildung als einen immerwährenden Prozess zu begreifen, der vor allem Grundfertigkeiten der Netznutzung und ein eigenständiges Reagieren auf Innovationen ermöglicht. Konzepte wie der Medienkompetenzführerschein oder ein Internetseepferdchen laufen dabei allzu leicht Gefahr, diese Dynamik zu ignorieren und stattdessen Faktenwissen zu vermitteln, das im Zweifel an den Realitäten des Internets vorbeigeht. Das notwendige Umdenken in diesem Bereich spiegelt sich nicht zuletzt darin wider, dass in der Medienpädagogik der statische Begriff der Medienkompetenz weitgehend durch das offenere Konzept der Medienbildung ersetzt wurde.

2. Medienbildung ist mehr als Schulunterricht.

Die immens wichtige Notwendigkeit des lebenslangen Lernens im Umgang mit digitalen Medien korrespondiert mit der zweiten Erkenntnis zur Internetnutzung. Während das Zeitungenlesen etwas war und ist, was in der Regel Erwachsene dem Nachwuchs beibringen, sind Jugendliche den Älteren zumindest in den technischen Fähigkeiten, mit dem Internet umzugehen, oft weit voraus. Ältere Menschen haben dagegen weiterhin vielfach mehr Erfahrung, wenn es darum geht, Inhalte und Quellen kritisch einzuschätzen und einzuordnen. Medienbildungskonzepte müssen deshalb weg von einer Fokussierung auf Schule und Ausbildung generationsübergreifend konzipiert werden. Auch frontale Wissensvermittlung ist fehl am Platze, wenn sich die jeweiligen Kompetenzen von Jung und Alt ergänzen sollen.

Medienbildung sollte deshalb Konzepte gemeinsamen, selbstbestimmten und freien Lernens aufgreifen. Im Bereich der Erwach-

senenbildung sind Weiterbildung und vor allem Angebote für Seniorinnen und Senioren deutlich auszubauen.

Wie Medienbildung auf einfache Art und Weise generationsübergreifend funktionieren kann, soll beispielhaft am Blog der Karl-Weise-Grundschule in Berlin-Neukölln gezeigt werden.¹⁴ Dort stellen die Schülerinnen und Schüler unter fachkundiger Anleitung Texte, Fotos und Videos online, die das Geschehen an der Schule dokumentieren. Sie lernen so nicht nur die Funktionsweise von Blogs. Sie üben Fotografieren und Filmen, aber auch grundlegende Kompetenzen wie das Verfassen von Texten. Darüber hinaus sind sie angehalten, sich vor Veröffentlichung ihrer Materialien mit Grundfragen des Urheberrechts oder des Datenschutzes zu befassen. Die Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und das weitere Umfeld der Schule werden durch dieses Projekt animiert, ins Netz zu gehen. Das Blog hat eine multimediale Informationsplattform zu den Aktivitäten der Schule und man kann gegebenenfalls selbst am Blog mitarbeiten.

Hier wird deutlich, dass Medienbildung in einer digitalisierten Welt eine Querschnittsaufgabe ist, bei der verschiedenste Fähigkeiten erlernt werden und kombiniert gehören. Entsprechend erscheint es wenig sinnvoll, Medienbildung als eigenes, vielleicht gar auf gewisse Klassenstufen begrenztes Schulfach zu konzipieren. Ob Mathematik-Tutorials, Literaturrecherche, Lehrfilme oder Onlinelexika: Digitale Medien können und sollten jedes Schulfach bereichern und entsprechend praxisbezogen integriert werden.

Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Bundestages hat in ihrem Bericht zur Medienkompetenz eine viel diskutierte Handlungsempfehlung gegeben. Sie schlägt vor, für jede Schülerin und jeden Schüler einen Laptop bereitzustellen. Dieser soll Schreibheft und Schulbuch in einem sein. Der Vorschlag mag zunächst nach dem Wunschtraum der IT-Lobby klingen und ist durchaus auch an einen solchen angelehnt. Mit der nötigen Differenzierung aber birgt er großes Potenzial. Heute kommen an vielen Schulen Computer nur im Computerraum zum Einsatz – falls die Schule damit ausgestattet ist und die Lehrerinnen und Lehrer entsprechende Unterrichtseinheiten einplanen. Oft tei-

¹⁴ karlweise.blogspot.com

len sich dann mehrere Schülerinnen und Schüler ein Gerät.¹⁵ Würde ein Laptop für alle Schülerinnen und Schüler integraler Bestandteil des gesamten Unterrichts, könnte er entsprechend der bereits benannten Querschnittsaufgabe der Medienbildung breit eingesetzt werden. Pädagoginnen und Pädagogen hätten weitaus höhere Anreize, digitale Medien im Unterricht zu benutzen.

Dabei sind allerdings einige Grundvoraussetzungen einzuhalten. Die Finanzierung dieser Laptops muss so gestaltet sein, dass alle Schülerinnen und Schüler ohne Ansehen ihres sozialen Hintergrunds ausgestattet werden. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten sind heute, wenn überhaupt, oft nur über Spielekonsolen oder andere Entertainmentgeräte ans Internet angebunden. Sie erhielten mit dem Schülerlaptop die Chance, Informations- und Teilhabepotenziale des Webs zu erkunden. Hardware- und Softwarekonfiguration sollte in einem vernünftigen Verhältnis von Standardisierung und Offenheit gestaltet sein. Es darf also keine Monokultur bei Geräten, Betriebssystemen oder Lern- und Arbeitssoftware geben. Mehrfachpartitionen und Open-Source-Software sind der Vorzug zu geben. Der Schülerlaptop darf gerade nicht zum Selbstzweck verkommen. Er muss so ausgestattet sein, dass er Medienbildung fördert.

Im Berichtstext der Internetenquete steht dazu ein prägnanter Satz: »Medienkompetent ist beispielsweise nicht, wer gelernt hat in einem bestimmtem Textverarbeitungsprogramm Serienbriefe zu erstellen. Medienkompetent ist, wer in vertretbarem Zeitaufwand selbständig in einem beliebigen Textverarbeitungsprogramm Serienbriefe erstellen kann, ohne dass er es zuvor gelernt hat.«¹⁶

Nicht zuletzt muss die Einführung eines Schülerlaptops durch entsprechende pädagogische Nutzungskonzepte und Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen begleitet werden.

Im Bereich der Hochschuldidaktik und insbesondere in der Lehramtsausbildung ist Medienbildung derzeit leider kein flächendeckender Bestandteil. Angebote rund um IT und Internet, E-Learning-Portale und ähnliches liegen oft in der Verantwortung der

¹⁵ Vgl. Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg: Hamburger Netbook-Projekt – Sekundarstufen-Schulen. Projektbericht, Dokumentation, Evaluation – Schuljahr 2009/10.

¹⁶ Wie Fußnote 13.

Hochschulrechenzentren oder der Bibliotheken und sind nicht in die Organisationsstruktur des Lehrbetriebs integriert.¹⁷ Auch hier bedarf es Programme, die die einzelnen Akteursgruppen zusammenbringen, um Didaktik und Technik zu verbinden und die Nutzung digitaler Medien zum Ausbildungsbestandteil werden zu lassen.

Medienbildung für Menschen im Beruf kann sich nicht auf die außerbetriebliche Aus- und Fortbildung beschränken, sondern muss arbeitsplatzbezogen stattfinden. Positiver Nebeneffekt beruflicher Aus- und Weiterbildung im Bereich interaktiver Medien ist die Befähigung zur digitalen Partizipation auch außerhalb der Arbeitswelt. Entsprechend der Feststellung, dass Medienbildung ein immerwährender Prozess ist und praxisorientiert verlaufen muss, sollte die Nutzung interaktiver Medien am Arbeitsplatz möglichst ohne Einschränkungen gestattet sein.¹⁸

So gut wie alle hier geforderten Änderungen im Bereich der Medienbildung werden in einzelnen Pilotprojekten erprobt oder erfolgreich durchgeführt. Es fehlt aber an Verstetigung und Koordination. Entsprechend heißt es im medienpädagogischen Manifest »Keine Bildung ohne Medien!«:

»Die zentrale Aufgabe besteht heute darin, die Medienpädagogik von einer Phase der Modellprojekte und einzelnen Aktionen auf lokaler und regionaler Ebene zu einer Phase struktureller Veränderungen zu überführen. Punktuelle Maßnahmen und diverse Informations- und Beratungsangebote im Internet und in anderen Medien reichen längst nicht mehr aus. Bislang hat in der Breite gesehen die Medienpädagogik keinen festen Platz an Schulen und Hochschulen. In vielen Familien und pädagogischen Einrichtungen findet eine reflektierte Auseinandersetzung mit Medien kaum statt. Viele Eltern und Erziehende in allen pädagogischen Bereichen sind hinsichtlich ihrer medienerzieherischen Verantwor-

¹⁷ Vgl. Haug, Simone/Gaiser, Birgit (2010): Schnittstellen im E-Learning. Zeitschrift für Hochschulentwicklung, Jg. 5/Nr. 4 (Dezember), S. 211-227.

¹⁸ Dieser Absatz ist weitgehend dem Bericht zur Medienkompetenz der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Bundestages entnommen. Siehe dort, S. 31 (vgl. Fußnote 13).

tung unsicher. In dieser Situation ist es geboten, Medienpädagogik dauerhaft in allen Bildungsbereichen zu verankern.«¹⁹

Gute, wissenschaftlich fundierte Medienbildungskonzepte für alle Generationen benötigen entsprechende wissenschaftliche Vorarbeit. Hier ist auch die Forschungspolitik gefragt, die sich dafür einsetzen muss, dass Forschung zu Mediendidaktik nicht überwiegend auf Schulpädagogik eingegrenzt bleibt. Insbesondere zum Nutzungsverhalten von älteren Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderungen fehlt es an fundierten Forschungsarbeiten.

Kompetenzfeld »Risikobewusstsein«

Die Gefahren des Internets wie Online-Mobbing, Cyberkriminalität oder jugendgefährdende Inhalte werden von den Nutzerinnen und Nutzern aller Altersklassen weit weniger bedrohlich wahrgenommen, als es mitunter in den Mainstream-Medien den Anschein hat. Kinder im Vorschul- und Grundschulalter surfen sehr gezielt ihnen bekannte Seiten an, sodass sie sich in der Regel selten versehentlich ungeeigneten Inhalten aussetzen. Unter Jugendlichen geben rund ein Fünftel an, im Netz negative Erlebnisse gehabt zu haben. Von dieser Gruppe wiederum ist nur ein Bruchteil der Meinung, keine ausreichenden Verarbeitungsstrategien zu haben.²⁰ Diese Selbsteinschätzungen mögen nicht immer zutreffen, dennoch ist das Internet für Heranwachsende in der Regel kein Ort des Grauens. Auch die oft beschworene Gefahr der Online-Sucht ist kein flächendeckendes Phänomen. Medizinische Studien gehen davon aus, dass 3-5% der Netznutzerinnen und Nutzer Suchtverhalten zeigen.²¹

Potenziell gefährdende Inhalte im Internet per Gesetz oder Verordnung zu sperren, ist aus mehreren Gründen falsch. Sperrinfrastrukturen setzen eine flächendeckende Überwachung des Inter-

¹⁹ www.keine-bildung-ohne-medien.de/medienpaedagogisches-manifest.pdf, S. 2.

²⁰ Vgl. dazu Studien wie Jugend 2.0, KIM 2010, EU-Kids Online.

²¹ Vgl. Müller, Kai W./Wölfling, Klaus (2010): Pathologische Computerspiel- und Internetnutzung. Der Forschungsstand zu Phänomenologie, Epidemiologie, Diagnostik und Komorbidität, in: Suchtmed. Suchtmedizin in Forschung und Praxis 12 (1), S. 45f.

nets voraus. Dieser Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist nicht nur angesichts der real relativ geringen Bedrohung unverhältnismäßig. Netzsperrern sind für technisch Interessierte äußerst leicht zu umgehen. Überall dort, wo sie eingesetzt werden, werden weit mehr Inhalte gesperrt, als der vorgegebene Rahmen es vorsieht. Insbesondere politisch missliebige Inhalte fallen diesen Sperrern sozusagen nebenbei zum Opfer. Die diskutierte Verpflichtung, eigene Inhalte nach Gefährdungspotenzial zu klassifizieren, würde gerade Laien, die im Netz Inhalte veröffentlichen, juristisch massiv überfordern, beziehungsweise Kosten verursachen, die schnell zur Aufgabe der eigenen Mediengestaltung führen können.

Kinder bis ins Vorschulalter brauchen weiterhin Schutz. Eltern können dem durch betreute Mediennutzung oder so genannte White-Lists, die Kindern den Zugang zum Netz auf kindgerechte Angebote beschränken, nachkommen. Eine paternalistische Bewahrpädagogik hat im digitalen Zeitalter aber ausgedient. Ihre technische Durchsetzung wäre selbst bei inakzeptablen Kollateralschäden kaum zu leisten. Jugendliche und Erwachsene werden auf die dunklen Seiten des Netzes stoßen, spätestens wenn sie es darauf anliegen. Sie brauchen deshalb die Möglichkeit, ihr Risikobewusstsein und die Fähigkeit zur Verarbeitung solcher Begegnungen zu entwickeln. Dazu braucht es Medienbildung sowie eine offene Gesprächsatmosphäre mit vertrauenswürdigen und kompetenten Personen. Dies können Eltern, Pädagogen, Freunde oder Beratungsstellen sein. Zeitgemäßer Jugendschutz ist Medienbildung.

Dies gilt nicht zuletzt, weil die wesentlich größeren Gefahren im Internet von Schadsoftware oder direkter Wirtschaftskriminalität wie dem Klauen von Konto- und Adressdaten ausgeht. Dagegen ist nur geschützt, wer Medieninhalte, digitale Kommunikationskonventionen und technische Grundlagen des Internets und des eigenen Computers kennt und einschätzen kann.